

---

**19/BI XXII. GP**

---

Eingebracht am 07.10.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Bürgerinitiative



Herrn  
NR-Präsident  
Dr. Andreas Khol  
Parlament  
1010 Wien

Wien, 2004-10-07

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die *Bürgerinitiative für Schulqualität* wurde auf Initiative des Dachverbands der Pflichtschul-Elternvereine ins Leben gerufen und mit großer Unterstützung der SchulpartnerInnen durchgeführt.

Rund 2/3 der Elternvereine an Pflichtschulen sprechen sich mit knapp 90.000 Unterschriften gegen weitere Kürzungen in diesem Bereich aus.

Wir übermitteln Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, die Unterschriften sowie die detaillierte Darstellung der Anliegen der *Bürgerinitiative für Schulqualität* und ersuchen Sie höflich um Befassung des Ausschusses des Nationalrats für *Petitionen und Bürgerinitiativen* mit den angesprochenen Themen.

**Bürgerinitiative betreffend**

die bedarfsgerechte Finanzierung der Pflichtschulen durch ein entsprechendes Finanzausgleichsgesetz sowie die Entwicklung eines nationalen Bildungsplans für die langfristige Sicherstellung der erforderlichen Ressourcen sowie der nachhaltigen Qualitätssicherung.

## Formblatt für eine Bürgerinitiative

**BÜRGERINITIATIVE betreffend**

die bedarfsgerechte Finanzierung der Pflichtschulen durch ein entsprechendes Finanzausgleichsgesetz sowie die Entwicklung eines nationalen Bildungsplans für die langfristige Sicherstellung der erforderlichen Ressourcen sowie der nachhaltigen Qualitätssicherung.

Seitens der Einbringer wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Der Finanzausgleich wird vom BM für Finanzen in Abstimmung mit den betroffenen Ressorts mit der Konferenz der Landeshauptleute verhandelt und als Finanzausgleich-Gesetzesnovelle von der Bundesregierung dem Nationalrat zur Behandlung vorgelegt.

Die von der Bürgerinitiative angesprochenen Fragen der Schulqualität sind bundesgesetzlich geregelt

**ANLIEGEN:**

Der Nationalrat wird ersucht,

...dafür zu sorgen, dass im Rahmen des kommenden Finanzausgleichsgesetzes die Sicherstellung bedarfsgerechter Ressourcen für

- den Ausbau der individuellen Förderung für Interessen, Begabungen aber auch bei Defiziten
- systematische, nachhaltige Qualitätsentwicklung
- nicht gedeckelte Integration und Deutschkurse
- maximal 25 SchülerInnen pro Klasse
- die Erhaltung entlegener Kleinstschulen (insbesondere Volksschulen)
- (schulinterne) Lehrerfortbildung für aktuelle Schwerpunkte (z.B. Förderpädagogik, Qualitätsentwicklung, Bildungsstandards, Kommunikation, usw.)

festgeschrieben wird;

...die Entwicklung eines nationalen Bildungsplans mit langfristigen pädagogischen, finanziellen und strukturellen Perspektiven zu fördern;

...die Durchführung einer Parlamentarischen Enquete zu Fragen der Schulqualität zu unterstützen.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen.)



# **Sicherstellung der Schulqualität an Österreichs Pflichtschulen**

***Geld alleine garantiert noch nicht  
qualitätsvolle Bildung aber qualitäts-  
volle Bildung hat eben auch ihren  
Preis!***

**Positionspapier des Dachverbands der Pflichtschul-Elternvereine**

**Wien, am 7. Oktober 2004**

# Einleitung

Wir Eltern fordern eine verlässliche Pflichtschule, die hält, was sie verspricht, nämlich: Modelle, die bei der Schuleinschreibung im Februar angepriesen werden, müssen im September bei Schulbeginn auch tatsächlich angeboten werden können.

Die Entscheidungsträger müssen erkennen, dass sich 2/3 der Elternvereine im Rahmen unserer Bürgerinitiative klar gegen weitere Kürzungen aussprechen und dass wir dabei kräftige Unterstützung aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und der Zivilgesellschaft erhalten. Die Pflichtschule muss das tragfähige Fundament für alle weiteren Bildungswege bleiben und darf im Interesse der Zukunft unserer Kinder aber auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts und damit des sozialen Zusammenhalts nicht kaputtgespart werden.

Natürlich garantiert Geld alleine noch nicht qualitätsvolle Bildung. Ebenso ist klar, dass man einiges durch Umschichtungen erreichen kann. Aber qualitätsvolle Bildung hat eben auch ihren Preis und einen guten Teil der Kürzungen wird man zurücknehmen müssen, wenn man die Schulqualität nachhaltig sichern will.

Und eines ist völlig klar: Bei weiteren Kürzungen droht Österreichs Pflichtschulen der Kollaps.

Was wir jetzt brauchen, ist ein nationaler Konsens über alle parteipolitischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg, dass qualitätsvolle und kostenlose Bildung eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber allen Kindern ist.

Ein nationaler Bildungsplan muss die Voraussetzungen für eine wesentlich stärkere individuelle Förderung aller Kinder schaffen, nachhaltige Qualitätsentwicklung ermöglichen und die erforderlichen Mittel dafür zur Verfügung stellen. Wie sollen die Schulen die Interessen und Begabungen unserer Kinder entwickeln oder Förderkurse anbieten, wenn sie dafür weder Stundenkontingente noch LehrerInnen bekommen?

Wir Eltern appellieren an die Bundesregierung, nicht die Verantwortung an die Länder abzugeben und damit die hohe Qualität der Österreichischen Pflichtschulen der Beliebigkeit zu überlassen. Das Schulwesen braucht bundeseinheitliche Qualitätsstandards und eine einheitliche Ausstattung mit bedarfsgerechten Ressourcen.

## Kürzungen im Rahmen des Finanzausgleichs

Die Verschlechterung des Verhältnisses der Anzahl der SchülerInnen pro Lehrerin wirkte sich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich aus. Insgesamt erfolgten Kürzungen von rund 8% bundesweit.

Das sind rund 120.000 Wochenstunden weniger für wichtige Maßnahmen der Schulqualität.

### Die Auswirkungen sind dramatisch:

- Die **Klassenschülerzahlen** sind um bis zu 20% gestiegen, regional werden die Klassen bedingungslos mit 30 Kindern angefüllt, auch jahrgangsübergreifend (z.B. 3. und 4.Klasse VS).
- Für **individuelle Zuwendung** steht pro Kind und Woche eine halbe Stunde weniger Zeit zur Verfügung, Randstunden entfallen ersatzlos.
- In der VS stehen so gut wie **keine Mittel für zusätzliche Angebote der Interessens- und Begabungsförderung** zur Verfügung.
- In der Hauptschule verfügt das Frühwarnsystem derzeit über fast **keine Mittel für Förderkurse** in Kleingruppen, die **Nachhilfekosten steigen** weiter (jüngste Umfrage: 50 Mio. Euro pro Jahr)
- Regional werden **2 statt 3 Leistungsgruppen** gebildet und die **Teilungszahlen** bei Fremdesprachen und Sport nicht wahrgenommen
- **Schulschwerpunkte, Integration** und **interkulturelles Lernen** sind stark beeinträchtigt.
- In vielen Regionen sind rund **10% der Pflichtschul-Standorte (Kleinstschulen) gefährdet**.
- Die verpflichtende **Fortbildung** der LehrerInnen wurde und wird weiter eingeschränkt.

### Volksschule

- Möglichst viele Klassen werden mit 30 Kindern vollgestopft, die Klassenschülerhöchstzahl steigt dramatisch
- Kleine Klassen werden - auch jahrgangsübergreifend zusammengelegt
- Die tägliche Lernstunde wird von unterschiedlichen LehrerInnen gehalten
- Zusatzangebote und gezielte Fördermaßnahmen fallen fast völlig weg
- Pro Kind und Woche steht 1/2 Stunde weniger Zeit zur Verfügung, das bedeutet Massenabfertigung statt individueller Zuwendung
- Für die Integrationskinder sowie das Interkulturelle Lernen stehen deutlich weniger Stunden zur Verfügung

## Hauptschule

- Klassen und Lerngruppen werden zusammengelegt
- Statt wie bisher 3 werden regional nur mehr 2 Leistungsgruppen eröffnet. Das bedeutet bis zu 10 Kinder mehr pro Gruppe und ca. 1/2 Stunde weniger Zeit pro Kind und Woche
- Gesetzliche Teilungszahlen (Sport / Sprachen / usw.) werden nicht durchgeführt, das bedeutet größere Schülergruppen
- Schulschwerpunkte werden reduziert
- Für die Integrationskinder sowie das Interkulturelle Lernen stehen deutlich weniger Stunden zur Verfügung
- Außerhalb der Kernzeit von 8.00 bis 12.00 Uhr wird nicht supplied
- Im Laufe der letzten vier Jahre wurden die Förderkurse drastisch reduziert. Die Nachhilfekosten steigen weiter.

## ...und am Beispiel Oberösterreich

Gerne wird das Pflichtschulproblem auf das „Wiener Problem“ reduziert. Hier ein Beispiel aus den Bundesländern, das analog bundesweit gilt:

- Es müssen alle Zusatzangebot verringert, bzw. gestrichen werden; Unterricht wird nur mehr im Mindestmaß erteilt.
- Gefährdung von Schulschwerpunkten (Englisch, Informatik, Musik, Sport Kreativfächer).
- Zusammenlegung von Schülergruppen bis zu 30 Kindern.
- Mangelndes Angebot an Förderstunden:  
Wir befürworten sehr die Aufwertung der Tätigkeit des Klassenvorstandes und finden die Klassenvorstandsstunde gerechtfertigt. Jedoch darf diese nicht, wie in den VS praktiziert, auf Kosten des Kontingentes des Förderunterrichtes für die Kinder gehen! Es besteht heuer die Gefahr dass die im Vorjahr in OÖ für HS eingeführte Klassenvorstandsstunde ebenfalls auf das Kontingent für die Kinder geht und damit die Zusatzangebote verringert werden. LH Pühringer wurde ersucht, die Kosten dafür zu übernehmen, wir hoffen noch auf eine positive Antwort.
- die Klassenschülerzahlen steigen in den Ballungsräumen, besonders in Gegenden mit vielen Ausländerkindern.
- Die 2,7% sonderpäd. Förderbedarf (Stadt 3,5%, Land 2,5%, LinzLand 2,8%) sind zu wenig und so manches Kind landet ganz einfach in der 3. LG. Besonders in den Ballungsräumen liegt der Bedarf bundesweit bei 4% und darüber.
- Deutschkurse können nicht mehr bedarfsgerecht angeboten werden, 7% der SchülerInnen verlassen die Schule ohne Abschluss.

Zusammenfassend muss man feststellen, dass die Kürzungen ein Ausmaß erreichen, das die Rahmenbedingungen für einen qualitativollen Unterricht verschlechtert und eine profunde Grundausbildung der Kinder für ihren weiteren Bildungsweg gefährdet.

## **Bei weiteren Kürzungen droht den Pflichtschulen ein dramatischer Qualitätsverlust**

Weitere Kürzungen im Pflichtschulbereich sind unweigerlich mit weniger Unterrichtsangebot verbunden und damit ist der gesetzliche Auftrag der Schule gefährdet.

Die Folge:

- Weniger Unterrichtsangebot
- 30 und mehr Kinder pro Klasse ab der 1. Klasse Volksschule
- noch weniger Zeit pro Kind
- keine individuelle Förderung
- kein interkulturelles Lernen (Deutschkurse)
- keine Integration
- mangelhafte Lehrerfortbildung
- möglicherweise Gefährdung der Schulgeldfreiheit für öffentliche Schulen und damit finanzielle Beteiligung der Eltern - soziale Ungerechtigkeit
- Qualitätsvolle Bildung wird zu einem teuren Luxusartikel

## **2/3 der Elternvereine sagen mit knapp 90.000 Unterschriften ein klares „Nein“ zu weiteren Kürzungen und fordern den Ausbau der Schulqualität!**

- Keine weitere Reduktion der Stundenressourcen, um die bestehende Qualität des österreichischen Schulwesens zu sichern und diese kontinuierlich an die zukunftsorientierten Bedürfnisse anzupassen.
- Individuelle Förderung von Interessen und Begabungen aber auch bei Leistungsschwächen.
- Kleinschulen -besonders Volksschulen in entlegenen Gebieten - müssen in ihrem Fortbestand gesichert werden.
- Maximal 25 SchülerInnen pro Klasse.
- Zweckgewidmete Stundenkontingente für alle spezifischen Aufgaben.
- Fortbestand niederschwelliger Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote an der Schule.
- Zielgerichtete schulinterne und externe Lehrerfortbildung (zB. Förderpädagogik, Qualitätsmanagement, Schulpartnerschaft, Konfliktmanagement,..).

Natürlich kann die Qualität des Unterrichts, einer transparenten Leistungsbeurteilung, der Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern sowie der Schulpartnerschaft ohne Geldeinsatz verbessert werden. Ebenso ist klar, dass man Einiges durch Umschichtungen erreichen kann. Aber einen Teil der Kürzungen wird man zurücknehmen müssen, wenn man die Schulqualität nachhaltig sichern will.



# Eine verlässliche Pflichtschule muss das tragfähige Fundament für alle weiteren Bildungswege sein

Wir Eltern erwarten daher:

- Verpflichtende Umsetzung des Qualitätsmemorandums des BMBWK
- Qualitätsvollen, lebensnahen, zukunftsorientierten Unterricht, in dem auch zeitgemäße Unterrichtsformen Anwendung finden (fächerübergreifender Unterricht, offene Unterrichtsformen,...)
- Optimale Förderung aller Kinder
- Bildungsstandards, die nicht nur Faktenwissen sondern Kommunikation, Selbständigkeit, Kreativität, Soziales Lernen, Projektarbeit, usw. berücksichtigen
- Systematische und verbindliche Qualitätsentwicklung
- Internes und externes Controlling zur nachhaltigen Qualitätssicherung- und Verbesserung.
- Transparente Leistungsbeurteilung und rechtzeitige Information bei Lernschwierigkeiten bzw. anderen Problemen- das heißt verpflichtende und vollständige Umsetzung des verbesserten Frühwarnsystems.
- Effektive Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern
- Gelebte Schulpartnerschaft in der Schule
- Kompetente, motivierte LehrerInnen
- Zeitgemäße Aus- und Fortbildung der LehrerInnen
- Neben der notwendigen Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen Schlüsselqualifikationen vermittelt werden:

|                          |  |
|--------------------------|--|
| persönliche Entwicklung  | Lernfreude<br>Problemlösungskompetenz<br>Flexibilität<br>Selbstbewusstsein   |
| soziale Entwicklung      | Teamfähigkeit<br>Toleranz<br>Konfliktlösungskompetenz<br>Kommunikation   |
| fit für den Arbeitsmarkt | Vermittlung von Grundkenntnissen im<br>EDV Bereich<br>Nutzung der elektronischen Medien<br>(Fremd-) Sprachkompetenz<br>Lernen lernen |

*Laut OECD ist ein hohes Bildungsniveau eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten!*

Deshalb muss der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern die erforderlichen Mittel für eine zukunftsorientierte Qualität der österreichischen Pflichtschulen sicherstellen.

# **Die Bürgerinitiative für Schulqualität fordert:**

## **Bedarfsgerechte Finanzierung der Pflichtschulen**

Die Bundesregierung muss das Schulsystem bundeseinheitlich und bedarfsgerecht finanzieren und dies beim aktuellen Entwurf für ein Finanzausgleichsgesetz berücksichtigen.

Die Eckdaten für die Verteilung der Ressourcen auf die Bundesländer müssen mehr als bisher den tatsächlichen Bedarf und regionale Bedingungen (z.B. sonderpädagogischer Förderbedarf, ausländische SchülerInnen, Grenzregionen hinsichtlich EU-Osterweiterung, usw.) berücksichtigen.

## **Nationaler Bildungsplan**

Wir fordern die Entwicklung eines langfristigen nationalen Bildungsplans in Zusammenarbeit aller parlamentarischer Parteien mit ExpertInnen, Interessensvertretungen und den Schulpartnern. Die Außerstreitstellung von Bildungsfragen ist der wesentliche Beitrag für eine konstruktive Weiterentwicklung der Schulqualität in Österreich.

## **Befassung des Petitionsausschusses**

Die BetreiberInnen der Bürgerinitiative fordern die Befassung des Petitionsausschusses des Nationalrats mit den Anliegen der Finanzierung und Qualitätsentwicklung des österreichischen Pflichtschulwesens.

## Statements der UnterstützerInnen

Thomas Jozseffi

*Vorsitzender des Vorstands der Salinen Austria*

Alle einschlägigen Untersuchungen zeigen deutlich, dass attraktive Wirtschaftsstandorte dort entstehen, wo ein hohes Bildungsniveau gegeben ist. Das bedeutet, dass Investitionen in die Bildung ein wichtiger und richtiger Weg in eine stabile Zukunft mit einer gesunden Wirtschaft und einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen darstellt. Das derzeitige Diktat des Sparstifts untergräbt die Schulqualität, vermindert die Zukunfts-Chancen unserer Kinder und rüttelt am Wirtschaftsstandort Österreich. Ich unterstütze die Initiative für Schulqualität, weil sie im Interesse der Menschen und im Sinne der Wirtschaft ist.

**Dr. Sabine Oberhauser, MAS**

*Vorsitzende des österreichischen Frauenrings*

Alles das, was im Bereich des Schulsystems in den 70er Jahren in Österreich erreicht wurde, wird knapp 30 Jahre später wieder völlig zunichte gemacht. Die Ideologie, dass Kinder unabhängig von Herkunft und sozialer Stellung am Bildungssystem teilnehmen können wieder dorthin zurückreguliert, dass „gute Bildung“ nur mehr denen zugute kommt, die es sich auch leisten können. Und wenn das Geld in einer Familie knapp wird, dann werden es die Mädchen sein, denen der Zutritt zu Ausbildung verwehrt werden wird.

Aber was soll's, nach dem Frauenbild so mancher konservativer Kräfte in Österreich können Mädchen ja immer noch reich heiraten.

Ich bin selbst Mutter von zwei Töchtern, und eines weiß ich: „Wir in Österreich lebende Mütter, Väter, Großmütter und Großväter müssen für das Recht auf Bildung kämpfen, damit unsere Kinder in Zukunft im EU Arbeitsmarkt bestehen können.“

**Thomas Brezina**

*UNICEF-Sonderbotschafter für die rechte des Kindes, Autor*

"Lernen ist manchmal anstrengend kann aber auch viel Freude machen. Kinder für das Leben, die Welt und all die Möglichkeiten zu begeistern, die sich uns bieten, halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben der Schule. An Kindern und der Schule zu sparen bedeutet, an der Zukunft zu sparen. Heute brauchen Kinder mehr Beachtung als je zuvor. Lehrer sollen Zeit und Möglichkeit haben, Kinder zu begleiten und zu stärken."

**Christian Brandauer**

*Musiker, Komponist*

Bildung ist nicht Luxus und Privileg sondern zentrales Anliegen einer mündigen, aufgeschlossenen Gesellschaft. Nicht zu wissen, wer Shakespeare war, ist nicht „cool“ sondern schade. Auch den Blues-Gitarrist freut's, wenn er weiß, welche Flöte er in Platus Republik gespielt hätte und wie verwandt seine Sehnsüchte mit denen eines Vergil oder Aristophanes sind.

Mehr Bildung bedeutet mehr Chancen im Berufsleben und mehr Erfüllung im Privaten. Die Flügel unserer Schulen und die des leider allzu oft belächelten Standes der Lehrerschaft dürfen nicht gestutzt sondern müssen aufgebaut werden. Mehr Bildung bedeutet mehr für uns selbst, unsere Gesellschaft und unsere Globale Familie.

**Mag. Michael Chalupka**

*Evangelischer Pfarrer*

"Die Sparwut in den Schulen geht uns alle an, außer wir wollen unsportliche, dickliche und unmusikalische Kinder in überfüllten Klassen erziehen, die religiöse Analphabeten sind, in einer Welt in der der tolerante Umgang mit den Religionen zu einer der wichtigsten Zukunftsfragen wird."

Univ.Prof. Dr.Dr. Christiane Spiel  
*Bildungspsychologie und Evaluation, Universität Wien*

Jede Initiative zur Förderung der Schulqualität ist grundsätzlich zu begrüßen. Wie jedoch die Geschichte der Bildungspolitik zeigt, ist die einfache mechanistische Annahme - eine Maßnahme wird gesetzt und die Schulqualität steigt - unberechtigt. Vielmehr bedarf es (1) einer Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen an das Bildungswesen sowie einer Bestandsaufnahme des Status quo. Ausgehend von einer derartigen Analyse sind (2) die Ziele der Qualitätsinitiative zu definieren; erst danach können (3) Maßnahmen zur Erreichung der Ziele festgelegt werden. Diese drei notwendigen Schritte zu einer nachhaltigen und wirksamen Qualitätssteigerung im Bildungssystem hat die *Zukunftskommission* gesetzt und ein Reformkonzept „Strategien und Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bildungssystem“ vorgelegt (siehe [www.klassezukunft.at](http://www.klassezukunft.at)).

Die Herausforderungen für das Bildungssystem werden vor allem in drei Faktoren gesehen:

- dem Bemühen um mehr Qualität der Bildung auf europäischer und internationaler Ebene und dem schärfer werdenden internationalen Wettbewerb um Bildung in der Wissensgesellschaft, für den Österreich gerüstet sein muss;
- erkennbaren Defiziten in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit des Schulsystems, die aus den international vergleichenden Studien (Bildung auf einen Blick, TIMSS, PISA), aber auch in nationalen Analysen sichtbar werden;
- Steuerungsproblemen, die aus der kleinschrittigen Reformpolitik der letzten Jahrzehnte und den Entwicklungen im Rahmen der Dezentralisierung sichtbar werden.

Ausgehend von dieser Analyse wurden Ziele für eine Reforminitiative definiert, auf die sich die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen. Unterschieden wird dabei zwischen *Systemzielen*, die das Schulsystem als Ganzes und seine Subsysteme betreffen (Leistungsförderung, Integration, Chancenausgleich, Gerechtigkeit)

- *Bildungszielen für die Lernenden* (Entwicklung der Persönlichkeit, Qualifikation für den Arbeitsmarkt, Integration in die Gesellschaft, aktive Partizipation und Wahrnehmung von Bürgerrechten)
- *Qualitätszielen für den Unterricht* (Individualisierung und Ergebnisverantwortlichkeit).

Ausgehend von der Ist-Stands-Analyse und den allgemeinen Zielsetzungen schlägt die Zukunftskommission ein breites Spektrum von Einzelmaßnahmen vor, deren Hauptmerkmal jedoch ist, dass sie einer *Gesamtstrategie* folgen, die an den *folgenden Prinzipien* orientiert ist:

- Stärkung der „Selbsteheilungskräfte“ im System durch klar definierte und verbindliche Prozesse des *Qualitätsmanagements* auf allen Ebenen, die insbesondere den Gesichtspunkt der *Ergebnisverantwortlichkeit* - von der einzelnen Lehrperson bis hin zur nationalen Bildungspolitik - betonen.
- Erhöhung der „*Systemtransparenz*“ durch Schaffung bzw. Ausbau von *Datenbeständen und Indikatoren zur Systemqualität*. Auch diese Strategie soll auf allen Ebenen wirksam werden. Sie ist Ausdruck der Überzeugung, dass systematisch geplante Entwicklungsarbeit solider Diagnosesysteme im Hinblick auf Ausgangsbedingungen und Wirkungen von Innovationen bedarf.
- *Professionalisierung des gesamten Personals*, durch zielgenauere Selektion, Aus- und Fortbildung einerseits, aber auch durch Leistungsanreize, veränderte Laufbahnmuster und die Verbesserung von (allerdings an klare Kriterien gebundene) Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten im Lehrberuf.

Vergrößerung des Anteils und verbesserte Nutzung der *Ressourcen für Unterstützungssysteme, Forschung und Entwicklung*. Wie im Bereich von Wirtschaft und Technologie ist auch im Bildungswesen ist die Qualität von Innovationen eng mit den Quoten für Forschung und Entwicklung gekoppelt.

In diesen Bereichen ist ein Anschluss an internationale Entwicklungen und Standards dringend erforderlich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beanspruchen nicht, eine Lösung für sämtliche Herausforderungen und Systemprobleme zu sein, sollen jedoch an zentralen Punkten ernsthafte und deutlich erkennbare Veränderungsimpulse setzen. Diese zielen ausschließlich auf „*pädagogisch*“ relevante Wirkungen. Die durchgängige Perspektive ist, die Bedingungen des Lehrens und Lernens in der Schule positiv zu beeinflussen.

Andrea Konrad  
*ORF-Stiftungsrat, ORF-Publikumsrat*

bei der bildung einzusparen ist ein verbrechen an unseren kindern und ein großer rückschritt in der entwicklung der menschheit...

die ständig höher werdenden anforderungen und bedürfnisse im heutigen berufsieben würden eher eine erweiterungen des unterrichtsplanes erfordern als einer kürzung.

schneller-höher-weiter... dies ist das motto der heutigen zeit, aber niemand bedenkt, dass es - um diesem druck standzuhalten - auch einer zeit des wachsens, lernens, reifens, verstehens bedarf... nur bei guter ausbildung und chancengleichheit aller im staat lebender menschen, ist eine zufriedene, kaufkräftige bevölkerung vorhanden, die ein wirtschaftswachstum und/oder stabilität erreichen.

die welt mischt sich durch... um multikulturelle gesellschaften wachsen zu lassen, muß auch gewährleistet sein, dass zeit, geld und verständnis für integration garantiert wird, dies ist die zukunft, davor die augen zu verschließen ist kontra-produktiv für österreich als eu-staat. wir dürfen als sozialstaat auch nicht die schwächsten unter uns vergessen- diejenigen, die ein bißchen länger brauchen, aber dann letztendlich mit liebe und geduld doch zum selben ergebnis kommen...

jenen nicht die gleichen chancen zu geben ist asozial und unfair, es widerspricht jeglicher menschlichkeit. kleinstschulen zu gefährden bedeutet, familien zu zerreißen oder die landflucht zu forcieren, auch das kann österreich- das land der berge - nicht wollen!

in wenigen tagen wird unser sohn milomir konrad marx geboren und ich will mein möglichstes dafür tun damit er in einer welt aufwächst, in der bildung zur selbstverständlichkeit für ein erfülltes leben geworden ist, und nicht zum luxusgut.

liebe, licht und sternenstaub auf unseren wegen...

**KR Erik Hanke**  
*Präsident der Gesellschaft Österreichische Kinderdörfer*

Das Ausmaß der Kürzungen im Schulbereich sieht man deutlich an einem konkreten Beispiel: Einem achtjährigen Buben in einem unserer Kinderdörfer wurde sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert. Die betroffene Volksschule kann dies nur umsetzen, wenn sie die zusätzlichen Fremdsprachengebote für alle anderen Kinder einschränkt.

Die gezielte Betreuung von körperlich, geistig bzw. sozial behinderten Kindern darf nicht einer völlig überzogenen Sparpolitik geopfert werden, bei der das Geld alles zählt und der Mensch nichts wert ist. Die erfolgreiche Integration dieser Kinder in unsere Gesellschaft eröffnet ihnen gute Lebens-Chancen und erspart der Öffentlichen Hand teure Folgekosten.

**Dr. Heidi Schrod**  
*Direktorin der AHS-Rahlgasse*

Bildung zählt zu den zentralen Aufgaben des Staates. Zentrales Ziel eines demokratischen Staates muss sein, dafür zu garantieren, dass alle BürgerInnen die gleichen Bildungsmöglichkeiten erhalten, unabhängig von Alter, Wohnort, Herkunft, Geschlecht oder Muttersprache. Dafür sind vom Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist derzeit in Österreich nicht in ausreichendem Maß der Fall. Durch die derzeitigen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich sehe ich eine ernsthafte Gefährdung des staatlichen Bildungsauftrages.

**Mag. Ewald Mike Scheucher**  
*Rechtsanwalt*

Bildung ist eine der Grundlagen einer menschlichen Gesellschaft. Bildung wird heute häufig nur im Zusammenhang mit Effizienzsteigerungen oder Wettbewerbsvorteilen diskutiert, tatsächlich ist sie ein Wert für sich. Wer an der Qualität des Bildungswesens spart, spart am Menschsein unserer Kinder. Weil Bildung immer das Verständnis für die Welt, in der wir leben verbessert, unterstütze ich jede Initiative für Schulqualität.

**Hubert Huber***Journalist KURIER*

Als Steuerzahler würdige ich es durchaus, wenn Politiker sparsam mit öffentlichem Geld umgehen. Über viele Jahre wurde in einem aufwändigem Schulversuch das Unterrichtsmodell der kooperativen Mittelschule entwickelt. Und jetzt, da dieser Schulversuch endlich in das Regelschulwesen übernommen wird, kürzt man die dazu zur Verfügung stehenden Mittel derart drastisch, dass das Unterrichtsmodell kaum noch durchgeführt werden kann. Das hat allerdings mit Sparen überhaupt nichts mehr zu tun. Im Gegenteil ? das ist Geldvernichtung. Noch ein Punkt: Ständig wird "Lebenslanges Lernen" propagiert, zu Forschung und Bildung wird unentwegt hinausposaunt, dies seien die Hoffnungs- und Wachstumsmärkte der Zukunft. Warum wird jedoch ausgerechnet das Schulwesen kaputt gespart. Ist die Wirtschaft vom Wissen und der Leistung der in den Beruf einsteigenden Jugend derart beeindruckt, dass wir es uns leisten können in diesem Bereich bei den Investitionen zurückzustecken?

**Günther Ogris, M.A.***Meinungsforscher SORA*

Langfristige Untersuchungen der OECD zeigen eindeutig, dass eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein hohes Bildungsniveau ist. Es geht also nicht nur um die Förderung von einzelnen Spitzenleistungen sondern um ein qualitativ hochwertiges Angebot aller Schulen. Und diese notwendige Qualität braucht die erforderlichen Ressourcen, dass alle Kinder gefördert und gefordert werden können. Dies dient dem einzelnen Kind und seinen Zukunftschancen, aber es dient auch dem Wirtschaftsstandort und im Endeffekt dem Funktionieren des Sozialstaates.

**Univ.Prof .Dr. Gerald Bast***Rektor der Universität für angewandte Kunst in Wien*

„Weltklasse-Universitäten brauchen Weltklasse-Schulen!

Gerade im Alter von 6 bis 14 Jahren muss die Schule das Kind in seiner Gesamtpersönlichkeit erfassen. Neben der notwendigen Vermittlung von Fachwissen müssen auch soziale und kreative Kompetenzen bei den Schülern entwickelt sowie Bewusstsein und Verständnis für künstlerische und kulturelle Werte und Prozesse vermittelt werden. Der Kunstunterricht leistet in vieler Hinsicht wertvolle Beiträge zu Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen und ist die unverzichtbare Basis für eine lebendige Kulturnation Österreich. Die bloße Vermarktung historischer Kunstschatze reicht für die langfristige Lebensfähigkeit dieser Kulturnation nicht aus. Ihre zukunftsorientierte Energie kann sie nur aus dem Bewusstsein der gesellschaftlichen Bedeutung auch von zeitgenössischer Kunstentwicklung schöpfen. In den Schulen kann und muss die Basis für dieses Bewusstsein gelegt werden. Sparpolitik in diesem Bereich ist daher gesellschaftspolitisch schädlich und angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur in unserem Land auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv."

**Dr. Elisabeth Menasse***Kindermuseum ZOOM*

Im ZOOM Kindermuseum sehen wir die Auswirkungen der Sparmaßnahmen sehr deutlich: Es ist für Lehrer viel schwieriger geworden, Lehrausgänge zu organisieren und außerschulische Angebote wahrzunehmen. Außerdem ist in vielen Fällen gerade bei den kreativen Fächern gekürzt worden. Ich finde, dass die kreative Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt in der wir leben, ganz entscheidend ist für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen. Diesen Bereich derart nachrangig zu bewerten bedeutet einen empfindlichen Qualitätsverlust für das schulische Angebot.

**Mag. Hildegard Gärtner***Leiterin des Jungbrunnen Verlags*

Lesefähigkeit ist die Voraussetzung für alle anderen Formen des Lernens. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben von Schule, Lesefähigkeit und auch Leselust zu vermitteln. Derzeit verfügt ein erheblicher Teil der SchulabgängerInnen nicht über die notwendige Lesekompetenz. Das sollte einer Gesellschaft nicht gleichgültig sein.

**Dr. Luitgard Derschmidt**

*Präsidentin der Katholischen Aktion Österreich*

Nicht alles darf und kann unter dem Primat der Wirtschaft gesehen werden, wenn wir alles verwirtschaften, verwirtschaften wir auch Wesentliches. Die Förderung derer, die nicht den heutigen Leistungsprinzipien entsprechen können, rechnet sich kurzfristig nie. Dies gilt besonders für Kinder. Da die Bildung einer der Grundpfeiler unseres Wohlstandes ist, müssen wir sorgsam und maßvoll damit umgehen. Internationale Benchmarks bescheinigen dem österreichischen Bildungssystem einen hohen Standard - wollen wir diesen aufs Spiel setzen?  
Die Schließung von Volksschulen im ländlichen Bereich trägt weiter zur kulturellen Ausdünnung bei.